



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kaemmel, Otto: Großherzog Friedrich von Baden als deutscher  
Staatsmann

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Großherzog Friedrich von Baden als deutscher Staatsmann

Von Otto Kaemmel

„Freiheit ist Selbstbeherrschung“



vor wenig Wochen hat das badische Land, und mit ihm alles, was im Reiche nationalgesinnt ist, das seltne Fest eines fünfzigjährigen Regierungsjubiläums in einmütiger Freude gefeiert. Denn Friedrich von Baden gehört nicht seinem Staate allein an, sondern der ganzen Nation. Einer der wenigen noch lebenden deutschen Fürsten, die König Wilhelm zum Kaiser koren, hat er wie kein zweiter die nationale Einheit immer über alles andre gesetzt; er hat niemals die Frage so gestellt: Inwiefern verträgt sich eine festere Einheit der Nation mit den Sonderinteressen meines Staates und meines Hauses? sondern immer so: Was ist notwendig, um dieses unentbehrliche Maß von Einheit zu schaffen? Er hat niemals die Miene schmerzlichen Verzichts angenommen, wenn es galt, einzelstaatliche Hoheitsrechte, die vor allem doch die seinigen waren, an das Reich abzutreten, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers sein muß, sondern er hat mit freudiger Genugthuung immer daran gearbeitet, die Reichsgewalt kraftvoll zu gestalten. Für ihn fielen badisches und deutsches Interesse immer in eins zusammen, denn er wußte, daß die Existenz der Einzelstaaten nur im Reiche gesichert ist, und daß das Danaergeschenk europäischer Souveränität für sie kein Segen war, sondern ein Fluch, weil es sie verleitete, große Politik zu treiben, ohne die Macht dazu zu haben. Wäre auch nur eine Mehrzahl deutscher Fürsten so gesinnt gewesen wie er, so wäre uns 1866 zwar schwerlich der Kampf mit Oesterreich, wohl aber der Bürgerkrieg erspart geblieben.

Dieses Verdienst Friedrichs von Baden ist ein ganz persönliches; seine deutsche Politik wurde ihm weder durch eine feste Tradition, die dieser jüngste der deutschen Mittelstaaten gar nicht haben konnte, noch durch die oft jäh wechselnde Stimmung seines Volks, noch durch die Lage seines Landes vorgeschrieben. Wenn ein deutscher Mittelstaat für eine rheinbündische Politik eine Entschuldigung gehabt hätte, so wäre es Baden gewesen, das an der langen offenen Grenze gegen Frankreich lag und noch jahrzehntelang in seinem Be-

stande von bayrischer Begehrlichkeit bedroht war; keiner hat standhafter solche Versuchungen zurückgewiesen als Großherzog Friedrich. Von seinen nächsten Vorgängern konnte ihm der Großvater Karl Friedrich, der erste Großherzog, nur für das innere Walten vorbildlich sein, und er ist es geworden; dessen Nachfolger Karl (1811 bis 1818) und Ludwig (1818 bis 1830) neigten mehr zu Osterreich, und noch unter dem ersten Hochberg Leopold, dem Vater Friedrichs (1830 bis 1852), hielt der Minister von Blittersdorff Baden in dieser Richtung fest, sodaß das Land erst 1835 und nur widerstrebend dem Zollverein beitrug. Noch Friedrich selbst, geboren 9. September 1826, wurde mit seinem ältern Bruder Ludwig zum ersten militärischen Unterricht 1842 bis 1843 nach Wien geschickt. Erst 1843 wurde Blittersdorff durch den Liberalen F. B. Beck ersetzt, und Prinz Friedrich erhielt seine weitere akademische Ausbildung in Heidelberg unter Ludwig Häuffer 1843 bis 1845, später 1847 bis 1848 in Bonn vor allem unter Christoph Dahlmann, zugleich mit Albert von Sachsen und Friedrich Karl von Preußen.

Das Sturmjahr 1848/49 drängte Baden näher an die norddeutsche Großmacht, an Preußen heran. Im Stabe des Generals von Wrangel machte Prinz Friedrich den so unrühmlich verlaufenden Sommerfeldzug gegen Dänemark 1848 einige Wochen mit, und als im Mai 1849, obwohl Baden die Frankfurter Reichsverfassung bereitwillig anerkannt hatte, die sinn- und ruchlose republikanische Erhebung begann, die längst verhezten Truppen meuterten und der Großherzog mit seiner ganzen Familie flüchten mußte, da wurde Prinz Friedrich nach Sanssouci zu König Friedrich Wilhelm IV. gesandt, um die preußische Hilfe zu erbitten, und er leitete die Verhandlungen über die sie sichernden Abmachungen ein. Ein kurzer Feldzug unter dem Prinzen von Preußen warf die Rebellen zu Boden, und Baden trat der preußischen Union, dem engern Bundesstaate bei. Als die kläglich unentschlossene und unklare Politik Friedrich Wilhelms IV. diese Bestrebungen zur Unfruchtbarkeit verurteilte, und die Union zerbröckelte, schließlich die kurheffische Verfassungsfrage beinahe den Bruch zwischen Preußen und Osterreich herbeiführte, und sich im Oktober 1850 die Monarchen von Osterreich, Bayern und Württemberg kriegslustig in Bregenz versammelten, da mußte sich Baden, ohne feste Stütze an Preußen, wohl oder übel mit ihnen zu stellen suchen, und Prinz Friedrich übernahm die heikle Aufgabe, seinen Vater in Bregenz zu vertreten. Als Gast des Kaisers Franz Joseph machte er dann 1851 die österreichischen Herbstmanöver in Oberitalien mit, besuchte Venedig und kehrte über Wien in die Heimat zurück.\*)

\*) Unter der Jubiläumslitteratur nimmt weitaus die erste Stelle ein: Großherzog Friedrich von Baden als Landesherr und deutscher Fürst. Von Alfred Dove (in Freiburg). Mit einem Bildnis. Heidelberg, 1902, C. Winter, eine unbefangene, streng sachliche und doch warme, vorzüglich geschriebene Darstellung, die sich auf Allen des Familienarchivs sowie des Haus- und Staatsarchivs stützt. Eine wenig glückliche, wirklicher Einheit entbehrende und zuweilen durch polemischen Ton auffallende Arbeit ist die kleine Schrift von Ottokar Lorenz (in Jena): Friedrich Großherzog von Baden. Zum fünfzigjährigen Regierungsjubiläum. Berlin, Paetel, 1902, doch enthält sie manche guten, noch unbekanntem Nachrichten. Nur popu-

Es geschah schneller, als ursprünglich beabsichtigt war, denn die schwere Erkrankung des Vaters im November rief ihn heim, und der Tod des Großherzogs am 2. April 1852 legte die ganze Last der Regierung auf ihn, denn sein älterer Bruder Ludwig war von unheilbarer Gemütskrankheit befallen († 1858). Der junge Prinzregent übernahm das Herrscheramt unter sehr schwierigen Umständen. Noch zitterte im Lande die Aufregung nach, erst vor kurzem waren die preussischen Besatzungen abgezogen, und die in der Rheinprovinz neuformierten badischen Regimenter in die Heimat zurückgekehrt (Herbst 1851), und noch hing der Kriegszustand über dem Lande. Es war eine der ersten wichtigern Regierungshandlungen des Prinzen, daß er ihn vom 1. September 1852 an außer Kraft setzte. Nach außen blieb zunächst nichts andres übrig, als die Förderung eines leidlichen Einvernehmens zwischen den beiden Großmächten und die möglichste Annäherung an Preußen. Darum erneuerte Baden (4. April 1853) bereitwillig den Zollverein, erlaubte 1857 der preussischen Armee den wegen des Neuenburger Handels geplanten Durchmarsch nach der Schweiz, und der Herzensbund, den der nunmehrige Großherzog (seit 5. September 1856) mit Luise von Preußen, der einzigen Tochter des Prinzen Wilhelm, am 20. September 1856 schloß, erhielt auch eine gewisse politische Bedeutung. Erschwert wurde ihm freilich diese Annäherung einerseits durch die Schroffheit, mit der seit dem August 1851 Otto von Bismarck als Bundestagsgefandter eine rein preussische Interessenpolitik vertrat, andererseits durch das badische Ministerium Stengel-Meyßenbug selbst, das mehr zu Osterreich neigte. Es suchte deshalb 1859, übrigens im Einverständnis mit dem Großherzog und mit der Volksstimmung in ganz Süddeutschland, Preußen für Osterreich in Bewegung zu setzen, weil man seinen Kampf für seine Fremdherrschaft in Oberitalien als eine nationale Angelegenheit ansah, und fiel erst (2. April 1860), als der Landtag das von ihm am 28. Juni 1859 mit Rom abgeschlossene Konkordat verworfen hatte.

Mit dem neuen liberalen Kabinett Stabel-Lamey, in dem im Mai 1861 der Freiherr Franz von Roggenbach das Auswärtige, Karl Mathy, schon seit Ende 1862 im badischen Staatsdienst, zu Anfang 1864 die Finanzen übernahm, lenkte der Großherzog klar und fest in die Bahnen eines deutschen Bundesstaats unter Preußens Leitung ein, und die Energie, mit der sein Schwiegervater, seit 7. Oktober 1858 Regent, seit 2. Januar 1861 König, die Selbstständigkeit seiner Politik wie ihre deutsch-nationale Aufgabe erfaßte, erweckten jetzt Hoffnungen auf ein günstiges Ergebnis. Freilich glaubte man ein solches noch mit „moralischen Eroberungen“ und durch friedliche Vereinbarungen erreichen zu können, denn von der Bedeutung der Macht in großen politischen Fragen hatten die süddeutschen Staatsmänner so selten eine rechte Vorstellung wie der ganze deutsche Liberalismus dieser Tage, und sie unterschätzten die

---

läre Zwecke verfolgt B. Martens in seinem illustrierten Büchlein: Großherzog Friedrich von Baden. Karlsruhe, J. Lang, 1902. Ein ganz sachmäßiges, einen wichtigen Teil der innern Staatsverwaltung behandelndes Werk ist: Finanzpolitik und Staatshaushalt im Großherzogtum Baden 1850 bis 1900, von A. Buchenberger, badischem Finanzminister. Heidelberg, 1902, C. Winter.

Stärke der Gegensätze. Aber immerhin war ein festes Ziel gesteckt; von den impotenten Versuchen einer deutschen Trias, die nur Ohnmacht zu Ohnmacht gefügt hätte, hat Friedrich niemals etwas wissen wollen. So stellte er auf dem Fürstentage in Baden-Baden, wo Prinz Wilhelm von Preußen im Juni 1860 Napoleon III. empfing, gemeinsam mit seinem Schwager Ernst von Koburg-Gotha und Karl Alexander von Weimar, ein nationales Programm wenigstens in den Umrissen auf: Schutz- und Trugbündnis aller deutschen Fürsten unter Führung Preußens mit Österreich unter Garantie aller seiner Besitzungen, größere Machtstellung Preußens im Bunde und Berufung eines deutschen Parlaments. Im Oktober 1861 gewann Friedrich dafür den König Wilhelm in Ostende, aber der Beitritt zu diesem engeren Bunde sollte noch frei sein. Wenigstens das wurde damit erreicht, daß die deutsche Frage in Fluß kam. Das preussische Projekt wurde zwar in identischen Notizen von den meisten Mittelstaaten (außer Sachsen) mit Entrüstung abgelehnt (Februar 1862), aber dasselbe Schicksal hatten auch Beusts trauriges Schattenbild einer Bundesreform mit abwechselndem Vorsitz der beiden Großmächte und das österreichische Delegiertenprojekt (22. Januar 1863). In der That boten alle beide einen Stein statt des Brots.

Da trat nun höchst störend der preussische „Konflikt“ dazwischen, denn er brachte Preußen bei der ganz überwiegend liberalen öffentlichen Meinung um alle Sympathien. Ihm gegenüber stand Großherzog Friedrich ungefähr so wie seine Schwäger, der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen und der Herzog Ernst von Koburg; denn alle drei waren von dem liberalen Grundgedanken der Zeit beherrscht und beklagten in dem Konflikt zugleich die Schwächung Preußens in der deutschen Frage. Der badische Bundestagsgesandte Robert von Mohl führte im Dezember 1862 in einer Denkschrift aus, daß Baden mit diesem Preußen ebensowenig gehn könne wie mit Österreich, also bei einem Zusammenstoß zwischen beiden neutral bleiben und auch die übrigen Mittelstaaten zu derselben Haltung bestimmen müsse. Zu einem kriegerischen Konflikt kam es damals nun zwar nicht, wohl aber wurde die Kluft breit aufgerissen, als Kaiser Franz Joseph im August 1863 ganz überraschend die deutschen Fürsten nach Frankfurt a. M. entbot, um hier mit einem Rucke die Bundesreform im österreichisch-mittelstaatlichen Sinne zur dauernden Majorisierung Preußens durchzusetzen. Als König Wilhelm in Baden-Baden bestimmt abgelehnt hatte — man weiß, wie hart Bismarck damals mit den ihm entgegenwirkenden Einflüssen rang —, trat Großherzog Friedrich klar und entschlossen an die Spitze der Opposition und stimmte in der Schlußsitzung am 1. September mit nur fünf Genossen gegen den österreichischen Entwurf und eine Mehrheit von vierundzwanzig Stimmen. In einer Denkschrift legte er dem ihm persönlich befreundeten Kaiser dar, daß nur der Bundesstaat das nationale Bedürfnis befriedigen könne, und wußte dann am nächsten Tage ihn davon zu überzeugen, daß es so, wie er vorgeschlagen habe, überhaupt nicht gehe. Thatsächlich gab dabei der Kaiser im Grunde seinen eignen Entwurf, den er gar nicht selbst veranlaßt habe, preis und erklärte ziemlich offen, es sei ihm einerlei, wie sich das übrige Deutschland konstituiere,

einen Rückhalt an Österreich werde es doch immer suchen müssen. Wieder war ein in falscher Richtung laufender Versuch zur Bundesreform, diesmal wesentlich vom Großherzog Friedrich, abgewehrt und dargethan, daß eine solche ohne und gegen Preußen unmöglich sei, aber etwas Positives war auch jetzt nicht erreicht.

Als nun die schleswig-holsteinische Frage am Horizont aufstieg, glaubte der Großherzog wie damals alle Welt, sie durch die Anerkennung des Augustenburger Erbanspruchs im nationalen Sinne lösen zu können. Schon am 24. April 1863 hatte sich Roggenbach in diesem Sinne gegenüber der zweiten badischen Kammer erklärt, im August desselben Jahres erhielt Mohl in Frankfurt die Weisung, vorkommenden Falls die Vertretung Friedrichs (VIII.) als Herzogs von Holstein am Bundestage zu übernehmen. Nach dem Tode König Friedrichs VII. von Dänemark (15. November) geschah das wirklich; Baden setzte wenigstens die Suspension der holsteinischen Stimme durch und erkannte zuerst und allein Friedrich (VIII.) an, freilich in der Erwartung, daß er mehr Entschlossenheit und Unternehmungslust entwickeln werde, als er wirklich gezeigt hat. So stand Baden in dieser Frage geradezu an der Spitze der mittelstaatlichen Politik; es stimmte deshalb am 7. Dezember in Frankfurt auch nicht für den sofortigen Vollzug der Bundesexekution gegen Christian IX., den es ja als Herzog von Schleswig-Holstein gar nicht anerkannte, sondern für die Okkupation Holsteins im Namen des Augustenburgers, blieb aber in der Minderheit gegen die beiden von Bismarck ebenso vorsichtig wie energisch geführten Großmächte. Daß die volkstümliche Politik in dieser Frage wahrscheinlich einen europäischen Konflikt herbeigeführt hätte, wollte man damals nirgends sehen. Deshalb wurden nun wieder Preußen und Österreich am 12. Januar 1864 von den Mittel- und Kleinstaaten überstimmt, als sie die Okkupation auch Schlesiens als Faustpfandes für die Erfüllung ihrer Forderung auf Wiederherstellung der Personalunion beantragt hatten, und wieder stand Baden gegen sie.

Um so empfindlicher traf den Großherzog ihre Erklärung am 14. Januar, daß sie nunmehr als europäische Großmächte allein, ohne den Bund die Sache in die Hand nehmen würden. Schneidend wurde dem träumenden, debattierenden und räsionierenden Deutschland die bittere Lehre erteilt, daß Machtfragen nur durch die Macht gelöst werden und nicht durch Reden, und daß das ganze mittel- und kleinstaatliche Deutschland ohnmächtig sei, sobald Preußen und Österreich einig wären. In einer nationalen Frage allerersten Ranges wurde es zur Thatenlosigkeit verurteilt, weil es diese Wahrheit verkannt und eine europäische Frage durch Bundestagsabstimmungen hatte entscheiden wollen. Die Versuche Badens, nunmehr mit den Triasstaaten die Bundesreform wieder in die Hand zu nehmen, und um sie volkstümlich zu machen, ein Parlament zunächst aus den Mittel- und Kleinstaaten zu berufen, scheiterten an deren natürlicher Uneinigkeit und an der Angst der meisten Regierungen vor einer großen Volksvertretung. Inzwischen fielen die Entscheidungen in Schleswig, und der Wiener Friede vom 30. Oktober 1864 übergab die Herzogtümer den beiden siegreichen Großmächten.

Friedrich von Baden ließ sich durch diese schweren Erfahrungen wohl

belehren, aber in seinen patriotischen Bestrebungen nicht beirren. Er war deshalb grundsätzlich für die sogenannten Februarbedingungen, die Friedrich (VIII.) kurzfristig verwarf, denn er sah in ihnen eine Vorbereitung für das, was ihm selbst als Kern jeder ernsthaften Bundesreform erschien, die Vereinigung der diplomatischen und der militärischen Leitung ganz Deutschlands in einer Hand; aber daß dieses Ziel auf friedlichem Wege erreicht werden könne, das hoffte er jetzt nicht mehr. Auch Roggenbach verzweifelte daran; als der Vertrag von Gastein im August 1865 den Konflikt nur noch notdürftig verhütet und die Ohnmacht der Mittelstaaten nochmals enthüllt hatte, nahm er im Oktober 1865 seinen Abschied.

Welche Stellung sollte aber nun Baden einnehmen, wenn es zu einem Waffengange kam? Mit Preußen zu gehn war schon wegen der geographischen Lage kaum möglich und stieß auf die sich täglich verstärkende populäre Abneigung gegen die dortige „reaktionäre“ Regierung, die allen Lieblingsmeinungen und Wünschen des Liberalismus ins Gesicht schlug. Noch viel weniger meinte der Großherzog sich an Österreich anschließen zu können, obwohl Roggenbachs Nachfolger Edelsheim, bisher Gesandter in Wien, diese Möglichkeit schon ins Auge faßte. Auf die Triaspäne einzugehn, deren praktische Erfolglosigkeit nunmehr vor Augen lag, hatte Friedrich von jeher verschmäht, und die Möglichkeit, die militärische Leitung Süddeutschlands an Bayern zu übertragen, die im Frühjahr 1866 unter den Kombinationen Bismarcks auftauchte, machte ihn doppelt bedenklich. Als sich nun die Beziehungen der Großmächte seit dem März 1866 verschärften, Österreich sich den Mittelstaaten wieder näherte und Preußen am 9. April seinen Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments zur Beratung der Bundesreform einbrachte, den die Regierungen mit Schrecken aufnahmen, die vollendete nationalpolitische Unfähigkeit des deutschen Liberalismus mißtrauisch zurückwies und nur die zweite badische Kammer warm begrüßte, so blieb nichts übrig als die bewaffnete Neutralität. Für eine solche mit Vereinigung der badischen Division bei Rastatt trat der Großherzog selbst entschieden ein, aber nur Mathy unterstützte ihn, die übrigen Minister, Stabel, Lamey und Edelsheim, hielten schon den Anschluß an Österreich für unvermeidlich. In der That wäre die Neutralität für Baden nur dann möglich gewesen, wenn sich dazu auch die übrigen Mittelstaaten oder wenigstens die süddeutschen hätten entschließen können; aber die Besprechungen in Augsburg (22. April) und Bamberg (14. Mai) verliefen auch in dieser Beziehung ergebnislos; die Mittelstaaten schickten sich an, für das elende Bundesrecht, für ihre eigne ungeschmälerte Souveränität und für Österreichs Oberherrschaft den Bürgerkrieg zu beginnen, und die verblendete öffentliche Meinung, die stürmisch die Bundesreform gefordert hatte, als sie noch in nebelhafter Ferne lag, stimmte ihnen eifrig zu. Sogar der badische Landtag genehmigte am 28. Mai einstimmig die „für eine gemeinsame nationale Politik der süddeutschen Staaten“ geforderten Summen, ohne daß doch jemand zu sagen gewußt hätte, worin denn eigentlich diese Politik bestehen sollte.

Großherzog Friedrich geriet also in eine geradezu verzweifelte Lage. Weder seiner Minister noch seiner Stände noch seines von Ultramontanen und

Demokraten verheßten Volks noch auch nur seiner Truppen sicher, dazu von der sehr begründeten Besorgnis erfüllt, daß für den Fall eines Sieges Österreich und Bayern ein ihnen feindliches oder auch nur neutrales Baden einfach teilen, also vernichten würden, machte er noch im letzten Augenblick, als Österreich am 1. Juni die schleswig-holsteinische Sache dem Bundestage überwies und damit den Bruch mit Preußen herbeiführte, persönliche Anstrengungen, um das Äußerste oder wenigstens die Parteinahme der Mittelstaaten für Österreich zu verhindern. Am 2. Juni traf er in Billnig beim König Johann von Sachsen ein und suchte ihn zu bestimmen, Österreich zur Zurückziehung seines Antrags vom 1. Juni zu bewegen. Der König lehnte das ab, und Beust erschien dem Großherzog als „der wahre Schürer des Kriegsfeuers,“ als „ein vollkommen unzurechnungsfähiger Mensch.“ Denn wie wenig kannte er doch Preußen, wenn er damals sagte: „Sieger bleibt, wer zuletzt Geld übrig hat, und Preußen bekommt von seinem Landtage keins.“ Von der sittlichen Kraft, von der Energie der Staatsgefinnung und des Patriotismus, die in Preußens Königtum, Volk und Heer trotz des „Konflikts“ lebten, hatte der sächsische Minister keine Ahnung. Und solche „Staatsmänner“ leiteten damals die Geschichte Deutschlands! Mit dem bedrückenden Gefühl, „rein nichts erreicht zu haben,“ reiste der Großherzog am 3. Juni wieder ab. Unterwegs in Frankfurt riet er noch Samwer, dem Berater Friedrichs (VIII.), dringend, die Februarbedingungen anzunehmen, also den schleswig-holsteinischen Streitfall womöglich aus der Welt zu schaffen, und da dieser zustimmte (6. Juni), sandte der Großherzog mit dieser Nachricht und mit der Bitte, die Bundesreform möglichst zu beschleunigen, den Professor Heinrich Gelzer als seinen Vertrauensmann nach Berlin. Auch das war umsonst. Der Augustenburger selbst that auch jetzt das Verkehrte, er verließ schließlich mit der österreichischen Brigade Kalik Holstein, als die Preußen seit dem 7. Juni dort einmarschierten, und ging ins mittelstaatliche, also ins feindliche Lager. Und als am 9. Juni Preußen seinen Bundesreformentwurf am Bundestage einbrachte, der in § 1 den Ausschluß Österreichs bestimmte, antwortete dieses am 11. Juni mit dem bundeswidrigen Gegenantrage, die außerpreussischen Bundeskontingente zu mobilisieren. Sechs Stunden rang am 13. der Großherzog, nur von Mathy unterstützt, mit seinen Ministern und setzte wirklich durch, daß der badische Bundestagsgesandte dahin instruiert wurde, sich der Abstimmung über den österreichischen Antrag zu enthalten. Aber am 14. Juni entschied der Bundestag mit neun gegen sechs Stimmen für Österreich, also für den Bürgerkrieg, denn nach einer preussischen Mitteilung vom 12. Juni wußte man, daß die preussische Kriegserklärung nun auf dem Fuße folgen werde. Im letzten Augenblick erschien König Wilhelms Flügeladjutant von Werder in Karlsruhe, um dem Großherzog zu sagen, daß der König, da Preußen nicht in der Lage sei, Baden militärisch zu decken, vollkommen verstehe, wie unvermeidlich Badens Anschluß an die Gegner sei; im Auftrage Bismarcks fügte Werder noch hinzu, die bewaffnete Neutralität sei vielleicht doch noch möglich, wenn der Großherzog sie unter den Schutz Frankreichs stelle, das dazu in der That sehr gern bereit gewesen wäre. Doch Friedrich erklärte rund heraus: „Sie werden be-

greifen, daß ich das nicht kann.“ Am 16. Juni früh meldete der Telegraph, die Preußen seien in Sachsen eingerückt, und Sachsen habe daraufhin die Hilfe des Bundes angerufen. Da eilten die Minister aufs Schloß, und „der Großherzog ergab sich.“

Dieses wochenlange Ringen um die Durchführung seiner persönlichen politischen Überzeugung hat etwas Heroisches und zugleich etwas Tragisches. Verlassen von allen und gedrängt von allen, ohne jede Möglichkeit, eine Regierung nach seinem Sinne zu bilden, wurde der Großherzog durch das greuliche Wirrsal der deutschen Dinge endlich gezwungen, gegen seine Überzeugung, im Widerspruch mit allem, was er seit zehn Jahren erstrebt hatte, für das längst unbrauchbare Bundesrecht das Schwert zu ziehn, gegen den Staat zu ziehn, von dem allein er eine Wiedergeburt Deutschlands erwartete; konstitutionelle Rücksichten, von denen man wohl geredet hat, haben ihn nicht bestimmt und konnten ihn gar nicht bestimmen. Er empfand die Notlage auch nach der Entscheidung aufs tiefste; als Mathy mit Jolly seine Entlassung nahm, um Edelsheim vollends das Feld zu räumen, und sich am 1. Juli von seinem Herrn verabschiedete, da sagte ihm dieser wehmütig: „Sie haben es gut, Sie können gehn, ich muß bleiben.“

Ja er mußte bleiben, er mußte weiter erleben, daß seine Truppen beim achten Bundesarmee-Korps unter der unfähigen Führung des Prinzen Alexander von Hessen in den kläglichen Mainfeldzug verwickelt wurden. Als in Böhmen am 3. Juli die Entscheidung schon gefallen war, und Waffenstillstandsverhandlungen schon begonnen hatten, also die Fortsetzung des Kampfes in Süddeutschland zwecklos geworden war, sandte er Edelsheim nach München, um auf den raschen Abschluß eines gemeinsamen Waffenstillstandes zu dringen. Aber die Verhandlungen (19. bis 21. Juli) in München blieben vergeblich, und noch vom 23. bis zum 25. Juli standen die Badner auf heimischem Boden gegen die siegreichen Preußen im Feuer und mußten ihr Blut versprühen für eine schon verlorne und aufgegeben Sache. In denselben Tagen, am 23. Juli, entließ der Großherzog ungnädig Edelsheim, am 26. auch Stabel und Lamey, am 27. bildete der treue Mathy mit Jolly und Freydorf sein Ministerium, am 29. wurden die Truppen heimberufen. Auch die Volkstimmung schlug um; schon seit dem 21. forderte sie in zahlreichen Adressen die Beendigung des Krieges ebenso stürmisch wie vorher den Krieg — ein schwankendes Rohr im Winde —, und am 1. August wurden in Heidelberg und Mannheim die einrückenden Preußen als Freunde begrüßt. Daß der Friedensschluß vom 17. August dem badischen Lande eine Kriegsschädigung von sechs Millionen Gulden auferlegte, war ganz in der Ordnung; mit Recht bemerkte Bismarck seinem König, sie werde nicht vom Großherzog bezahlt, sondern vom Volke, und das sei der schuldige Teil.

Welche schmerzliche Enttäuschung war es nun für den Großherzog, daß die französische Einmischung die Ausdehnung des neuen Bundes unter der Führung Preußens auf Süddeutschland verhinderte, und für dessen Staaten ein besondres Bündnis in Aussicht genommen wurde! Nur die Fortdauer des Zollvereins und das (bis 1867 geheime) Schutz- und Trutzbündnis ver-

banden jetzt den Süden mit dem Norden. Fortan faßte die badische Politik zwei Ziele ins Auge: ein positives, die möglichste Annäherung an den Norden, und ein negatives, die Verhinderung des Südbundes, der den Genossen doch keinen Schutz gewähren konnte und die Verbindung mit dem Norden nur erschwert hätte. Was zur Verbesserung des Wehrwesens dienen konnte, das förderte der Großherzog; er war bei den Militärkonferenzen in Stuttgart, die im Februar 1867 über eine gemeinsame Annäherung an das preußische Muster berieten, ebenso vertreten wie im Dezember desselben Jahres bei den Münchner Besprechungen über die Verwaltung der süddeutschen Festungen im engen Zusammenhang mit dem Verteidigungssysteme ganz Deutschlands. Aber was darüber hinausging, lehnte er ab, und in der That wurden von Bayern aus zu einem süddeutschen Bunde, den Oesterreich und Frankreich beflissen empfahlen, nur schwache Anläufe gemacht. Über den Bundesentwurf des Fürsten Hohenlohe vom November 1867 kam es nicht einmal zu Verhandlungen, und den spätern bayrisch-württembergischen Vorschlag, eine ständige Militärkommission mit ausgedehnten Befugnissen über die Festungen einzusetzen, wies der Großherzog im Juli 1868 zurück „als den Anfang zur Bildung eines Südbundes oder zur Befestigung der Mainlinie.“ Um so eifriger betrieb er alles, was Baden in engere Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde setzen konnte. Das Zoll- und Wehrbündnis wurde im Herbst 1867 vom Landtage ohne Schwierigkeiten angenommen, das Heer wurde auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht völlig nach preußischem Muster neu geordnet und konnte schon im September 1867 dem König Wilhelm vorgeführt werden. Die Leitung übernahm am 23. Februar 1868 der bisherige preußische Militärbevollmächtigte General von Beyer als Kriegsminister, im April 1869 als Oberbefehlshaber; die badischen Kadetten wurden in preußischen Kadettenschulen ausgebildet, die preußische Militärstrafjustiz und endlich die militärische Freizügigkeit zwischen Baden und dem Norddeutschen Bunde eingeführt, kurz alles so geordnet, daß die badischen Truppen 1870 in allem und jedem als eine der norddeutschen Armee ebenbürtige Division in die Front rücken konnten. Eine förmliche Militärkonvention lehnte Bismarck freilich ebenso ab, wie im November 1867 die von Mathy beantragte Aufnahme Badens in den Nordbund, und der im Februar 1870 von E. Lascker im norddeutschen Reichstage gegebenen neuen Anregung stand die badische Regierung fern. Nirgends mehr als in Baden empfand man den schweren Druck, den Frankreich noch immer auf Deutschland ausübte, denn im Widerstreben Frankreichs lag der letzte Grund für die Verzögerung der deutschen Einheit. Er war freilich nur deshalb so wirksam, weil die in Württemberg und Bayern herrschenden Parteien die nationale Einheit noch immer nicht wollten.

Deshalb wurde der jähe Ausbruch des Krieges von 1870 trotz der schweren Gefahr, der das Land zunächst ausgesetzt schien, in Baden als eine Erlösung empfunden, und mit fester Entschlossenheit, ohne sich um das anfängliche Schwanken in Stuttgart und München zu kümmern, handelte die Regierung. Schon am Nachmittag des 15. Juli wurde die Mobilisierung angeordnet, in der Nacht des 22. Juli die Kehler Brücke gesprengt, und schon

am nächsten Tage stand die badische Division kriegsfertig um Rastatt versammelt. Erst die Schlachten von Weißenburg und Wörth machten aller Gefahr ein Ende, und der Großherzog eilte am 11. August ins Lager vor Straßburg. So wurde ihm die Genugthuung, am 30. September mit General von Werder über Schutt und Trümmer einzuziehen in die „wunderschöne Stadt,“ die fast zwei Jahrhunderte lang als eine feindliche Ausfallspforte an der offenen Grenze Süddeutschlands gelegen hatte. Aber seine Hauptthätigkeit war nicht auf die kriegerischen Ereignisse gerichtet, sondern auf ihre Verwertung für die Vollendung der nationalen Einheit. Die Kaiseridee, auf die er den höchsten Wert legte, so gut wie Kronprinz Friedrich, hatte er schon im März 1870 mit Bismarck besprochen. Unmittelbar nach Sedan, am 3. September, schlug eine badische Denkschrift (von Jolly) dem Bundeskanzler den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund, die Zentralisierung der diplomatischen Vertretung und des Heereswesens, die Erneuerung des Kaisertums und die Erwerbung Elsaß-Lothringens entweder als eines Reichslandes oder einer preussischen Provinz vor; die damals auftauchenden bayrischen Vorschläge, die badische Pfalz an Bayern zu geben und dafür das Elsaß mit Baden zu vereinigen, wies der Großherzog stolz und „geradezu mit Abscheu“ von sich, und Bismarck lehnte sie rundweg ab. Da er von Reims aus in einer Note vom 12. September die Initiative zu den weiteren Verhandlungen den süddeutschen Regierungen zuschob, so stellte Baden am 3. Oktober den amtlichen Antrag auf Eintritt in den Norddeutschen Bund und sandte seine Unterhändler nach Versailles, wo sie am 23. Oktober eintrafen. Wegen der Kaiserkrone schrieb der Großherzog am 31. Oktober selbständig an König Ludwig II. von Bayern, ohne allerdings zunächst eine Antwort zu erhalten; am 5. November traf er persönlich in Versailles ein, wo er nach dem Zeugnisse des Kronprinzen „wie ein guter Genius“ wirkte. In seiner Anwesenheit wurde denn auch am 15. November der Bündnisvertrag, am 25. die Militärkonvention unterzeichnet. Um dieselbe Zeit sandte er den Staatsrat Heinrich Gelzer mit einem vertraulichen Briefe nach München, um den König zu einer persönlichen Zusammenkunft oder zur Reise nach Versailles zu bewegen. Das gelang nun zwar nicht, aber das Angebot der Kaiserkrone von dort aus kam dann doch zustande, nur daß die Glorie, die damals Ludwig II. umstrahlte, längst erloschen ist; sie hätte von jeher dem Großherzog Friedrich gebührt. „Wir verdanken das wesentlich dem Großherzog von Baden, der unausgesetzt thätig gewesen ist,“ schrieb der Kronprinz am 3. Dezember nach der Überreichung des „Kaiserbriefs“ in sein Tagebuch.

Noch aber blieb der Abschluß: die Form des Kaisertitels und die Kaiserproklamation. Den Wortlaut der Proklamation entwarf der Großherzog mit dem Kronprinzen schon am 28. Dezember, und da die Reichsverfassung mit dem 1. Januar 1871 in Kraft treten sollte, so wäre dies an sich auch der gebotne Termin für die Verkündigung des Kaisertitels gewesen. Aber König Wilhelm wollte davon nichts hören, bevor nicht alle Einzellandtage die Veträge genehmigt hätten, und damit zögerte der bayrische Landtag noch. Darum mußte sich der Großherzog bei dem Festmahle am 1. Januar in seinem Trink-

spruch auf den König noch mit der Wendung auf das „Oberhaupt des deutschen Kaiserreichs“ begnügen. Als nun trotzdem der alte Herr in die Proklamation am 18. Januar gewilligt hatte, da kam es noch zu einem harten Kampfe über die keineswegs gleichgiltige Form des Kaisertitels. König Wilhelm selbst wollte „Kaiser von Deutschland“ heißen, und das war auch der Wille aller in Versailles versammelten deutschen Fürsten, was der König natürlich wußte. Dagegen beharrte Bismarck auf dem „Deutschen Kaiser,“ weil die bayrischen Unterhändler, vielleicht nicht einmal im Auftrage ihres Königs, das wünschten. Darüber kam es noch am 17. zu einer erregten Auseinandersetzung. König Wilhelm bestand auf seinem Willen und ließ noch am frühen Morgen des 18. dem Großherzog sagen, es bleibe beim „Kaiser von Deutschland,“ obwohl Bismarck dagegen sei. In peinlichster Lage benachrichtigte der Großherzog davon den Kanzler unmittelbar vor der Proklamation; dieser war „ganz außer sich vor Ärger“ und überließ es dem Ermessen Friedrichs, zu thun, was der schwierigen Situation entspreche. Als dieser nun den König auf die Differenz hinwies, erhielt er die unmutige Antwort: „Du kannst das machen, wie du willst.“ So brachte er mit kluger Wendung das Hoch schlichtweg auf „Kaiser Wilhelm“ aus (nach einer persönlichen Aufzeichnung des Großherzogs bei Lorenz 44 ff.). Es war wohl der Höhepunkt seines politischen Lebens. Das Ziel seiner langen, mühsamen und aufopferungsvollen Arbeit war ruhmvoll erreicht.

Wie er seit der Reichsgründung in dem Fürstenrate, der für das große Publikum unsichtbar den Kaiser umgiebt, thätig gewesen ist, entzieht sich noch genauerer Kenntnis. Mit dem Gange der innern Reichspolitik war er nicht immer einverstanden, am wenigsten mit der gewaltsamen und planlosen Art, mit der selbst nach Falks Klage der Kulturkampf geführt wurde. Aber er trat doch vermittelnd ein, als der Reichskanzler im April 1877 die Entlassung aus allen seinen Ämtern forderte, und wiederholte das, freilich vergeblich, im März 1890. Er gab 1888 die Anregung zu der imposanten Kundgebung, mit der die deutschen Reichsfürsten bei der Eröffnung des Reichstages am 25. Juni den jungen Kaiser umringten; er schenkte der Kriegsmarine so warmes Interesse, daß ihm der Kaiser dafür 1898 seinen besondern Dank aussprach und ihn auch sonst mannigfach ehrte; er trat, namentlich als Protektor der badischen Kriegervereine (seit 1880), bei jeder Gelegenheit öffentlich für das nationale Interesse ein, auch hier die Forderung strenger Einordnung in das Ganze und persönlicher Freiheit verbindend.

Will man die historische Stellung des Großherzogs Friedrich bezeichnen, so wird man etwa sagen dürfen: er ist für Baden und in mancher Beziehung auch für das Reich das geworden, was sein Schwager, der Kronprinz und Kaiser Friedrich, in viel weiterm Kreise hätte werden können, der Vertreter der Generation, die unter der Herrschaft der liberalen Idee aufgewachsen war und auf dem Throne Preußens und des Reichs nicht zur Geltung gelangt ist. Er vertritt den Liberalismus, der seine Aufgabe in der Ausbildung einer freiheitlichen, auf der freien Mitwirkung eines freien Volkes beruhenden Staatsordnung sah, aber er verband damit die Einsicht, daß der Staat vor

allem Macht, also seine Selbstbehauptung seine höchste Pflicht ist, und daß diese unendlich viel höher steht als die Erfüllung des einen oder des andern liberalen Parteiwunsches. Daher der große nationale Zug in seiner deutschen Politik, daher im Lande die Richtung auf eine wohlwollende, umfassende, sorgfältige Pflege der Volkswohlfahrt. So wird er auch in die Zukunft als ein Musterbild modernen deutschen Fürstentums hinüberleuchten.



## Catholica

Von Joseph Mayer

### 5. Die gregorianische Universität



Im Jahre 1550 gründeten die Jesuiten eine Hochschule in Rom, für die Gregor XIII. Boncompagni (1572 bis 1585) einen gewaltigen Palazzo baute, der noch heute mit dem alten Namen Collegium Romanum genannt wird. Von diesem Papst erhielt die Hochschule den Namen Gregorianische Universität. Ich darf als bekannt voraussetzen, daß an dieser Bildungsanstalt zahlreiche Männer gewirkt haben, deren Namen für alle Zeiten mit dem von ihnen betriebenen Wissensgebiete unlöslich verbunden bleiben; der bekanntesten einer ist P. Secchi, dessen Studien zur Sonnenphysik und andern Problemen ein Merkstein in der astronomischen Wissenschaft sind.

Die Universität mit ihren Vorschulen konnte sich ungestört entwickeln bis zum Wintersemester 1870/71. Unmittelbar nachdem die Italiener durch die Bresche der Porta Pia am 20. September 1870 in Rom eingezogen waren, wurde das Gymnasium der Jesuiten geschlossen, und die philosophischen und die theologischen Vorlesungen mußten in privater Weise gehalten werden. Im Wintersemester 1873/74 wurden die Jesuiten aus dem Collegio Romano vertrieben, und sie siedelten dann in den naheliegenden Palazzo Borromeo über, wo sie die Philosophie und die Theologie weiter lehrten. In diesem Palazzo wohnte das deutsch-ungarische Kolleg, bekannter unter dem Namen Germanicum, sodaß Kolleg und Universität unter einem Dache weilten. Daher kommt es, daß auch heute noch viele Menschen glauben, beide Begriffe deckten sich vollständig, obschon es sich um zwei völlig getrennte Einrichtungen handelt. Als im Jahre 1886 das Germanicum auszog und sich im früheren Hotel Costanzi einrichtete, wurde der ganze Palazzo Borromeo für die Zwecke der Universität in Benutzung genommen. Eine solche Scheidung war auch schon wegen des unerträglich gewordenen Raummangels notwendig geworden. Wenn man bedenkt, daß 1873/74 die Gesamtzahl der Studenten 202 und 1886 schon 570 betrug, so begreift man, daß Kolleg und Universität nicht mehr unter einem Dache leben konnten. Von 1886 bis 1902 hat sich nun die Zahl der Studenten wiederum verdoppelt, indem sie von 570 auf 1026 anwuchs.

Nachdem Pius IX. im Lauf des Schuljahres 1876/77 den bestehenden beiden Fakultäten für Philosophie und Theologie die für das kanonische Recht angegliedert hatte, konnten die Jesuiten in diesen drei Fächern die sämtlichen